

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses

Verhandelt am: 08.07.2020

Anwesende Stadträte: 9

Abwesende Stadträte: 2

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr
Ende der Sitzung: 21:05 Uhr
Es fand keine nichtöffentliche Sitzung statt.

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lorenz Kruß

Stadträte

Herr Friedemann Alber

Herr Adalbert Bund

Herr Ernst Harrer

Herr Jörg Harrer

Herr Jugoslav Lukic

Frau Pia Schwarz

Herr Jürgen Steck

Frau Annette Thaler

Herr Thomas Vater

von der Verwaltung

Herr Andreas Pautsch

Frau Sabine Zalder

Schriftführung

Frau Anita Wimmer

Abwesend:

Stadträte

Herr Martin Gärtner

Herr Dieter Weiler



Tagesordnung:

- § 1 Bodenwaage Grötzingen - Anpassung Waaggebühren
- § 2 Anpassung Mensageld
- § 3 Anpassung der Richtlinien für die Vergabe von Wohnbaugrundstücken
- § 4 Verschiedenes, Bekanntgaben
- § 4.1 Integration eines afghanischen Flüchtlings

Zur Beurkundung:

Der Vorsitzende:
Bürgermeister

Schriftführerin:

Stadträte:



§ 1

Bodenwaage Grötzingen - Anpassung Waaggebühren

Jeder Stadtrat erhielt hierzu die Vorlage Nr. 2020/065

Stadtkämmerer Pautsch erklärt, dass man alle Gebühren in regelmäßigen Abständen überprüfen muss. Nun hat man die Waaggebühren unter die Lupe genommen. Durch die Bodenwaage in Grötzingen entstehen im Durchschnitt 1.221,67 € Erträge bei 2.069,87 € Ausgaben. Seit der letzten Anpassung der Gebühren kostet die Benutzung je Wiegevorgang 15 € (§ 3 Abs. 1) und die Tarifierung 5 € (§ 3 Abs. 2). Der Vorschlag der Verwaltung sieht eine Erhöhung der Benutzungskosten um 5 € vor.

Stadtrat Bund ist mit der Kalkulation einverstanden.

Der Verwaltungsausschuss fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

1. Die Waaggebühren werden ab 1. September 2020 auf 20,00 € je Wiegevorgang erhöht.
2. Die beiliegende Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Bodenwaage (Waaggebührenordnung) der Stadt Aichtal wird dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

§ 2

Anpassung Mensageld

Jeder Stadtrat erhielt hierzu die Vorlage Nr. 2020/066

Stadträtin Thaler stellt fest, dass eine Steigerung von 3,75 € auf 6 € insbesondere für Familien enorm sei. Bei Recherchen in anderen Kommunen kam sie auf Kosten zwischen 2 € und 3,50 €. Bei deren kostendeckender Kalkulation würden die Personalkosten nicht mit aufgeführt. Sie möchte außerdem die Tabelle „Kalkulation Mensageld“ näher erläutert bekommen. Sie vermisst in der Vorlage kreative Ideen zur Senkung der Kosten. Eine Idee wäre, nur noch ein Hauptessen ohne Vor- und Nachspeise anzubieten. Wichtig wäre, dass man auf die Eltern zugehe. Sie könne den Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht unterstützen.

Herr Steck ist der gleichen Meinung wie Frau Thaler. Er hätte sich eine Kommunikation im Vorfeld mit den Elternvertretern gewünscht. Auch er akzeptiert den Vorschlag nicht und hätte Ideen zur Kosteneinsparung erwartet. Er denkt an eine Aktivierung des Ehrenamts oder die Gründung eines Fördervereins. Das Essen sei jetzt schon sehr teuer. Dass die Stadt sparen müsse, ist ihm klar, nur bei Kindern dürfe man das nicht. Einsparpotential sieht er auch an anderer Stelle, beispielsweise bei der Sportplatzpflege.

Stadtrat J. Harrer schließt sich den Vorrednern an. Er sieht das Mittagessen als Gemeinschaft, die man nicht durch hohe Gebühren gefährden dürfe. Auch er hat recherchiert und ist auf eine Umfrage unter 35 Kommunen gekommen. Diese Kommunen bieten das Mittagessen



sen zwischen 2,80 € und 4,50 € an. Andere Städte und Gemeinden würden die Personalkosten nicht mit einberechnen. Er findet, dass man den zweiten vorgeschlagenen Schritt vorziehen und zuerst schauen sollte, wie man Personalkosten sparen könne.

Für Stadträtin Schwarz ist klar, dass eine Erhöhung sein muss und möchte den Kostendeckungsgrad bei der letzten Erhöhung wissen. Wichtig ist ihr zudem, dass man schaut, wo man Kosten einsparen kann und dass dabei die Qualität des Essens nicht leidet.

Diese Meinung teilt auch Stadtrat Bund. Er plädiert für ein engeres Raster für die Nachbesserung der Gebühren, da eine Erhöhung um 100 % nicht gehe. Eine Gebühr mit einer vier am Anfang wäre für ihn in Ordnung. Auch ihm ist es wichtig Kosten einzusparen zum Beispiel mit mehr Ehrenamtlichen. Für Ihn stellt sich auch die Frage, ob drei Gänge sein müssen.

Stadtrat Lukić dankt der Verwaltung und auch dem Vorrednern. Er möchte keine fünf davor stehen haben, auch wenn er die Sichtweise der Stadt verstehen kann. Auch für ihn bedeutet Mittagessen Gemeinschaft. Man dürfe nicht an Kindern sparen, vor allem nicht in Zeiten von Corona.

Stadtrat E. Harrer zieht als Vergleich den Mittagstisch der Gaststätte Uhlberg mit 7,40 € heran. Er zeigt sich verwundert, dass man die Gebühren auf 7 € erhöhen möchte. Für ihn ist ein gutes, vitaminreiches Hauptessen ausreichend und fragt, ob man bei Getränken sparen könnte.

Ob sozial Schwache einen Zuschuss fürs Mittagessen bekommen oder ob jeder 7 € zahlen müsse, möchte Frau Schwarz wissen. Sie meint, man könne auf eine Vorspeise verzichten und die Eltern für Getränke sorgen lassen.

Bürgermeister Kruß findet den Vergleich mit anderen Kommunen schwierig, da sie wahrscheinlich einen anderen Kalkulationshintergrund haben und manche keine Personalkosten mit eingerechnet haben. Bei der letzten Klausur wurde allerdings angekündigt, dass in Kalkulationen alle Kosten mit aufgenommen werden sollen, also auch Personalkosten. Es wird permanent versucht, Ehrenamtliche zu gewinnen, z.B. über Werbung bei Elternabenden. Aufgrund der zunehmenden Beschäftigung, auch von Frauen, sind hier aber nur sehr selten ehrenamtliche Helfer zu gewinnen. Eine regelmäßige Anpassung der Gebühren ist auch ihm wichtig.

Auch Herr Pautsch sieht in den Personalkosten viel Nachbesserungsbedarf. Man müsse wegkommen vom Ortsteildenken und zentral denken.

Auf die Frage von Stadtrat Steck nach der Anzahl der Essen, antwortet Herr Pautsch, dass 90 % der Essen in der Mensa in Grötzingen und lediglich 10 % in den anderen beiden Ortsteilen produziert würden. Er ging dann gleich auf die Tabelle „Kalkulation Mensageld“ ein und erklärte, dass ILV innerbetriebliche Leistungserrechnung wie Personalkosten für die Verwaltung sei. Es sei in der Regel so, dass man 50 % für Köpfe und 50 % für Aufwendungen berechne. Die doppische Abrechnung gäbe die Anrechnung von Personalkosten vor. Unter sonstige Geschäftsaufwendungen fallen zum Beispiel Servietten, Waschmittel und so weiter.

Frau Thaler möchte wissen, wie viel Personal für das Essen eingestellt sei. Bürgermeister Kruß führt dazu aus, dass es seines Wissens in Grötzingen vier, in Aich und Neuenhaus jeweils zwei bis drei Personen um das Mittagessen kümmern.



Stadtrat Steck erklärt, er habe nachgeforscht und bestätigte die Zahlen von Herrn Kruß. Außerdem möchte er wissen, ob es nicht wirtschaftlichere Lösungen gäbe. In Neuenhaus würden mit zwei Personen lediglich 16 bis 24 Essen bereitet.

Stadtkämmerer Pautsch stellt die Frage in den Raum, welchen Kostendenkungsgrad die anderen Kommunen bei einem Preis von 2,80 € bis 4,50 € hätten.

Bürgermeister Kruß plädiert dafür, dass man in allen Bereichen aktiv sparen müsse und ihm ist klar, dass man das Thema Mensa beziehungsweise Essen angehen müsse. Es sei allerdings nicht damit getan, einfach kein Menü, sondern lediglich ein Hauptessen anzubieten. Für eine Ausarbeitung seien viele zeitliche und personelle Ressourcen nötig und man müsse sich im Klaren sein, dass eine gute Lösung Geld kosten werde. Sozialbedürftige bekämen eine Unterstützung bei den Kindergartengebühren, beim Essen sei ihm ein Zuschuss der Stadt nicht bekannt. Er wird die neue Hauptamtsleiterin vorrangig mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes beauftragen.

Für Stadtrat Bund ist klar, dass es keine pauschale Erhöhung geben dürfe, und fordert Vorschläge zur Kostensenkung. Ihm sei aber auch klar, dass man finanziell anders da stehe, als bei der letzten Berechnung und erkennt auch eine Mitschuld des Gremiums an, dass in diesem Bereich lange nichts passiert sei. Er stellt den Antrag auf eine Änderung der Gebühren auf 4,50 €.

Herr Kruß stellt richtig, dass es keine Kritik am Gremium gewesen sei. Es hätte an vielen Stellen bereits von vornherein besser geplant werden müssen. Wenn man nun ein gutes Konzept erstellen wolle, müssen das Bauamt, die Kita-Abteilung, das Hauptamt, die Einrichtungen und das Küchenpersonal mit eingebunden werden. Außerdem würde jede zusätzliche Leistung zusätzlich kosten.

Auch Kämmerer Pautsch möchte zukunftsorientiert denken. Man habe sich den U3, Ü3 und Schulkindbereich auf die Fahne geschrieben. Nun seien Entscheidungen zu Standorten und Essensberechnung wichtig. Mitbedenken müsse man außerdem die Logistik, Organisation, die Beibehaltung des Qualitätsstandards und bauliche Änderungen. Deshalb sein Vorschlag, zunächst an den Preis und dann an die Optimierung des Rests zu gehen, um langfristig die Kosten zu senken.

Für Stadtrat Steck stellt dies der richtige Weg dar. Man müsse wirtschaftlicher denken. So könnten seiner Meinung nach zwei Köchinnen auch für doppelt so viele Essen zuständig sein. Die letzten vier Jahre sei hier nichts passiert.

Bürgermeister Kruß sieht eine Verdoppelung der Essensanzahl kritisch, es gäbe noch mehr zu bedenken. Auch ein gutes Hygienekonzept müsse erarbeitet werden, die Küchenausstattung berücksichtigt und das Neubaugebiet nördlich der Schwabstraße seien weitere Punkte bei der Konzeption.

4,50 € findet Stadtrat Lukić gut. Er fragt, ob es bereits eine Kommunikation mit dem Elternbeirat gab.

Bürgermeister Kruß erklärt, dass er zunächst eine Zahl durch das Gremium brauchte, da zu fragen, was die Eltern bereit wären zu zahlen, schwierig sei. Man müsse nach der Entscheidung vor der Sommerpause sauber und fair kommunizieren. Ihm sei bewusst, dass auch schon 3,75 € für manche Eltern zu viel gewesen sei.



Stadtrat Lukić dachte auch eher an ein Vorfühlen bei den eigenen Mitarbeitern in der Küche.

Laut Bürgermeister Kruß läuft die interne Kommunikation.

Stadtrat Steck möchte unbedingt die Eltern miteinbeziehen und dadurch gute Vorschläge und Ehrenamtliche akquirieren.

Frau Thaler wiederholt nochmals, dass sie dem Vorschlag nicht zustimmen wird, weil keine Ideen zur Kostensenkung gemacht wurden.

4,50 € empfindet auch Stadträtin Schwarz für gut und gerechtfertigt. Für das weitere Vorgehen sei eine gute Hauptamtsleitung notwendig, da viele Ämter beteiligt sind. Sie plädiert dafür, dass in der Mai Sitzung 2021 Ideen präsentiert werden sollten.

Dass eine Erhöhung auch später möglich sei, gibt Bürgermeister Kruß zu bedenken.

Auch für Stadtrat J. Harrer ist klar, dass etwas passieren müsse und man der Hauptamtsleitung auf die Füße stehen müsse.

Stadtrat Steck stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt in einem halben Jahr nochmals anzuschauen, wenn Ideen vorliegen, die Eltern informiert, eingebunden und bestenfalls ehrenamtlich aktiv seien.

Bürgermeister Kruß gibt zu bedenken, dass auch das Ehrenamt die Personalkosten zunächst nicht senke.

Zunächst wurde über den Antrag von Stadtrat Steck abgestimmt, den Beschluss die Gebühren zu erhöhen um ein halbes Jahr zu verschieben. Dieser Antrag wurde mit sechs Gegenstimmen und nur vier Stimmen dafür abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde mit einer Ja- und acht Gegenstimmen abgelehnt.

Der Verwaltungsausschuss fasst mit sechs Ja und drei Gegenstimmen, sowie einer Enthaltung folgenden geänderten

B e s c h l u s s:

Für ein Mittagessen an den Schulen und Kindertageseinrichtungen der Stadt Aichtal wird ab 01.09.2020 ein Unkostenbeitrag von 4,50 € erhoben. (Monatsgebühr pro Wochentag nach unten abgerundet = 15 €). Die Tagesgebühr beträgt ab dem 1. September 2020 für Kinder und Erwachsene 5,00 €.

§ 3

Anpassung der Richtlinien für die Vergabe von Wohnbaugrundstücken

Bürgermeister Kruß erläutert hierzu, dass der Beschluss zur Vergabe von Wohnbaugrundstücken von 2018 nicht mehr EU-konform sei, weshalb man sich ein neues Verfahren überlegen müsse. Das vorgeschlagene Ulmer Modell berücksichtigt soziale und örtliche Fakto-



ren. Herr Pautsch hätte sich bei der Erstellung an Städtetag, Gemeindetag und EU-Recht orientiert. Somit sei es rechtskonform.

Stadtrat E. Harrer tut sich schwer, als Mitglied des Gemeinderates über eine Besserstellung der Gemeinderäte bei der Vergabe abzustimmen. Er stellt deshalb den Antrag, diesen Punkt aus dem Vorschlag zu streichen.

Bürgermeister Kruß findet den Vorschlag von Herrn E. Harrer lobenswert und auch Herr Pautsch sieht es rechtlich als unbedenklich.

Stadtrat J. Harrer bekam von Herrn Pautsch bestätigt, dass man ehrenamtliches Engagement in die Vergabe mit einrechnen könne.

Der Antrag von Stadtrat E. Harrer den Satz unter 2.3 Seite 27 der Sitzungsunterlagen „Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Aichtal“ zu streichen wurde mit sechs Gegenstimmen abgelehnt. Drei Personen stimmten dafür, eine enthielt sich.

Der Verwaltungsausschuss fasst mit neun Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

B e s c h l u s s :

Die Richtlinien für die Vergabe von Wohnbaugrundstücken in der Fassung vom 22 Juli 2020 werden beschlossen, gleichzeitig werden die beschlossenen Richtlinien vom 27. Juni 2018 aufgehoben.

§ 4

Verschiedenes, Bekanntgaben

§ 4.1

Integration eines afghanischen Flüchtlings

Stadträtin Thaler spricht einen Fall aus der Flüchtlingshilfe an. Ein anerkannter Afghane mit Fluchthintergrund wohnt im Moment in Erkenbrechtsweiler, hat aber die Möglichkeit in Aichtal eine Lehre bei der Firma Bund anzufangen. Ein Problem stellt aber der weite Weg beziehungsweise der Wohnort dar, sodass er nicht täglich rechtzeitig bei der Arbeit sein könne. Er finde keine Wohnung in Aichtal, weshalb Stadträtin Thaler für einen Platz in der Anschlussunterbringung sei. Platz wäre ihrer Ansicht nach vorhanden, nur auf die Quote angerechnet würde er nicht. Sie möchte ihm einen Platz ermöglichen, um die Integration zu fördern.

Auch Frau Zalder ist Integration wichtig, allerdings seien die Unterkünfte für die Anschlussunterbringung und die Obdachlosigkeit. Beide Kriterien wären bei dem vorgestellten Fall nicht erfüllt. Außerdem müsste man dann jedem einen Platz ermöglichen. Im Moment sei noch Platz, das sei richtig, allerdings müsse man nächstes Jahr weitere circa 12 Personen aufnehmen und die Kanalstraße falle als Unterkunft weg.



Menschlich verständlich findet Frau Schwarz den Fall, aber als Gemeinderat müsse man objektiv sein und nicht über einen Einzelfall entscheiden. Sie sieht das Gremium hier nicht als zuständig, da es sich um ein privates Anliegen handle.

Stadtrat Lukić ist der Fall bekannt und er möchte den Menschen eine Chance geben. Allerdings sieht er es auch wie seine Vorrednerin Frau Schwarz. Er richtet einen Appell an die Anwesenden, außerhalb des Gremiums nach einer Lösung zu suchen.

Für Stadtrat Bund war der Fall nach dem ersten Telefonat mit Frau Zalder erledigt, er habe nicht gewusst, dass der Fall dem Gremium vorgetragen werde.

Bürgermeister Kruß fasst zusammen, es sei sozial hart, aber verwaltungstechnisch nicht anders möglich.

Ob ein Tausch möglich sei, wollte Stadtrat E. Harrer wissen, was Frau Zalder jedoch verneinte.

